

Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Mileis Argentinien: Realer Abschwung, weiterhin hohe Inflation und zunehmende Arbeitslosigkeit](#)
2. [Ein offener Brief an die Rentenkommissionen der Bundesregierung und des DGB](#)
3. [Gesundheit als Luxusoption](#)
4. [Bundestag beschließt Tariftreuegesetz: Gegen Lohndumping – außer bei der Aufrüstung](#)
5. [Die stille Verteuerung von Gas und Öl – was hinter der Reform des Heizungsgesetzes steckt](#)
6. [„Aus einer Position der Stärke“](#)
7. [Das Gazadilemma der Bundesrepublik](#)
8. [„Das Meinungsklima ist in Gefahr“](#)
9. [Tödlicher Schusswechsel vor Kubas Küste: Die Spur führt nach Miami](#)
10. [Palantir, Pegasus & Co](#)
11. [Debatte um Interessenkonflikte Sachsen-Anhalt: CDU-Fraktionschef beschäftigt Mutter von Rechnungshof-Präsident](#)
12. [Teure Lebensmittel, Wohnen unerschwinglich – Amerikas Mittelschicht verarmt](#)
13. [Bildung: Wenn die Reformer Alarm schlagen](#)
14. [Wohin Alterskontrollen für Social Media führen werden, ist bereits klar erkennbar](#)
15. [Gerichte dürfen Meinungsfreiheit nicht vergessen](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Mileis Argentinien: Realer Abschwung, weiterhin hohe Inflation und zunehmende Arbeitslosigkeit**

Es ist still geworden um Argentinien. Die europäische Mainstreampresse, die den Präsidenten mit der Kettensäge bei seiner Wahl euphorisch feierte, hüllt sich – zwei Jahre nach dieser Wahl – weitgehend in Schweigen. Vereinzelte Erfolgsmeldungen, wie sie beispielsweise die Friedrich Naumann Stiftung für die Freiheit noch im Dezember 2025 veröffentlichte, fanden vergleichsweise einen geringen Wiederhall. Das hat seinen Grund. Es gibt nichts zu feiern. Nach zwei Jahren wird zunehmend deutlicher, dass die Kettensäge nur Schaden angerichtet, aber nichts verbessert hat. Der libertäre Präsident, der mit Gewalt die laufende Verschuldung des Staates auf null reduzierte und dafür noch im Januar 2025 ein Extralob vom Internationalen Währungsfonds und der wirtschaftsliberalen Presse in Deutschland bekam, ist in jeder Hinsicht gescheitert.

Quelle: [Relevante Ökonomik](#)

2. **Ein offener Brief an die Rentenkommissionen der Bundesregierung und des DGB**

Wenn Politiker das Wahlvolk fürchten, weil sie „Grausamkeiten“ gegen ihre Wähler planen, schieben sie gerne Experten vor. Geht es ans Eingemachte werden rasch Experten-Kommissionen in die Welt gesetzt. So auch bei der Rente. Noch beschwörte Kanzler Merz die Jungen Wilden der Union auf deren Deutschlandtag im November 2025:

„Ich möchte mich nicht in einem Unterbietungswettbewerb sehen, wer bietet das niedrigste Rentenniveau ... Damit gewinnen wir keine Wahlen“.

Auch ein 20-Punkte-Plan der Jungen Union gegen die jetzigen und zukünftigen Rentner wurde auf den CDU-Parteitag im Februar 2026 abgelehnt. Die Furcht vor der Rache der Wähler ist zu groß – Immerhin finden in diesem Jahr 5 Landtags- und 3 Kommunalwahlen statt.

Die Rentenkommission der Bundesregierung soll nun als Feigenblatt einspringen.

Quelle: [Seniorenaufrüstung](#)

dazu: **Rente mit 70 und Arbeitsbelastung: Ein Angriff auf den Körper**

Die Rentenkommission will über die Rente mit 70 sprechen. Viele werden das nicht durchhalten und könnten zum Fall für medizinische Gutachter werden. [...]

Zwar sind 21 Prozent der 65- bis 69-Jährigen noch erwerbstätig. Für die Mehrheit dieser Erwerbstätigen aber ist das Einkommen ein Hinzuverdienst neben der Rente. Knapp 10 Prozent der Rentenzugänge hätten direkt zuvor lange Phasen der Krankheit und Arbeitslosigkeit erlebt, berichtet der Altersübergangsforscher Martin Brussig vom Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen im Gespräch

mit der taz.

Brussig sagt, dass es sich schon bei den relativ frühen Renteneintrittsaltern in Deutschland in der Vergangenheit nicht etwa um „Lifestyle-Vorruhestände“ gehandelt habe. „Wer nicht so lange arbeiten konnte, fiel damals nicht so auf, weil das Renteneintrittsalter niedriger lag“, sagt Brussig. „Doch jetzt, mit dem höheren gesetzlichen Renteneintrittsalter, werden die Unterschiede sichtbar.“ In den Bauberufen, in Verkehr und Logistik, in den Reinigungsberufen sei das Risiko der vorzeitigen Berufsunfähigkeit besonders hoch, berichtet Brussig.

Quelle: [taz](#)

dazu auch: **Bis zu 18 Prozent mehr Rente: Was der Merz-Rentenplan für Arbeitnehmer bedeutet**

Der Umbau des deutschen Rentensystems nimmt mehr Fahrt auf. Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Merz hat Pläne angekündigt, die Millionen Arbeitnehmer betreffen könnten – manche positiv, andere weniger. Versprochen wird unter anderem ein Rentenplus von bis zu 18 Prozent für bestimmte Gruppen. Doch hinter den Zahlen stecken Bedingungen, Koalitionskonflikte und offene Fragen. Was ist konkret geplant – und was bleibt vorerst Absichtserklärung?

Quelle: [FR Online](#)

und: **Verfassungsklage fordert Renten-Milliarden-Rückzahlung für Rentner**

Am 24. Februar 2026 ist beim Bundesverfassungsgericht ein verfassungsrechtlicher Antrag eingegangen, der eine Grundsatzfrage auf die Agenda setzt, die viele Beitragszahler seit Jahren umtreibt: Werden Gelder aus der gesetzlichen Rentenversicherung für Aufgaben eingesetzt, die eigentlich aus Steuern zu bezahlen wären? [...]

Der Antrag knüpft an die bekannte Debatte über sogenannte „versicherungsfremde Leistungen“ an. Gemeint sind rentennahe Sozialleistungen und politische Ausgleichsentscheidungen, die nicht unmittelbar auf individuellen Beitragszahlungen beruhen, sondern gesellschaftliche Aufgaben abbilden.

Im Dokument werden dafür zahlreiche Beispiele genannt, darunter Mütterrente, Rentenüberleitung Ost, beitragsfreie Zeiten sowie Kriegsfolgelasten.

Aus Sicht der Antragsteller liegt darin ein strukturelles Problem: Wenn solche Posten nicht vollständig aus Steuermitteln getragen werden, zahlen am Ende die Beitragszahler – und zwar doppelt, erst über Beiträge und dann über ein Rentensystem, das dadurch finanziell unter Druck gerät. Genau hier setzt der Antrag an: Er will eine konsequentere Trennung zwischen Beitragssystem und Steuerstaat durchsetzen.

Quelle: [gegen-hartz](#)

3. **Gesundheit als Luxusoption**

Zusatzleistungen schaffen eine Zweiklassenmedizin und untergraben das Vertrauen zwischen Arzt und Patient.

Es beginnt nicht mit Zwang. Es beginnt mit einem Angebot. Freundlich formuliert, medizinisch eingerahmt, scheinbar vernünftig: „Man könnte noch ...“, „Wir empfehlen zusätzlich ...“, „Das übernimmt die Kasse leider nicht“. In diesen Sätzen steckt die stille Umprogrammierung eines Systems, das sich offiziell noch solidarisch nennt, in der Praxis aber längst anders funktioniert. Nicht offen, nicht brutal, sondern leise und wirksam.

Quelle: [Günther Burbach auf Manova](#)

4. **Bundestag beschließt Tariftreuegesetz: Gegen Lohndumping - außer bei der Aufrüstung**

Der Bund schreibt bei seiner Auftragsvergabe künftig vor, dass Unternehmen die Tarifregelungen ihrer Branche anwenden. Aber es gibt etliche Ausnahmen.

Einen Großteil der öffentlichen Bau- und Dienstleistungsaufträge des Bundes soll es künftig nur noch für Firmen geben, die ihren Beschäftigten faire Arbeitsbedingungen bieten. Mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen beschloss der Bundestag am Donnerstagmorgen das sogenannte Tariftreuegesetz. Die Linke enthielt sich, weil ihr das Gesetz nicht weit genug geht. Die AfD votierte dagegen. Im März soll sich der Bundesrat damit befassen.

Quelle 1: [taz](#)

Quelle 2: [tagesschau](#)

5. **Die stille Verteuerung von Gas und Öl - was hinter der Reform des Heizungsgesetzes steckt**

Die Empörung ist groß. Teile der Grünen sprechen von einem klimapolitischen Rückschritt, von der „Abschaffung“ des Heizungsgesetzes von Robert Habeck, offiziell: Gebäudeenergiegesetz. Doch wer genauer hinschaut, erkennt: Von einer echten Kehrtwende kann keine Rede sein. Vielmehr erleben wir eine politische Inszenierung, bei der am Kern der Belastung wenig geändert wird. [...]

Was auf dem Papier nach einem moderaten Kompromiss klingt, hat in der Praxis erhebliche finanzielle Folgen. Bio-Kraftstoffe sind deutlich teurer als konventionelles Gas oder Heizöl. Die Beimischungspflicht ist daher nichts anderes als eine politisch verordnete Preissteigerung.

Hinzu kommt die fortlaufend steigende CO₂-Bepreisung. Der nationale CO₂-Preis verteuert fossile Brennstoffe Jahr für Jahr. Für Eigentümer wie für Mieter bedeutet das: Heizen mit Öl und Gas wird systematisch und planmäßig teurer gemacht -

unabhängig davon, ob ein formales „Verbot“ existiert oder nicht. Das oft kritisierte Verbot des Einbaus neuer Öl- und Gasheizungen ist faktisch beendet. Doch die ökonomische Lenkungswirkung bleibt. Statt eines klaren gesetzlichen Stopps tritt nun eine schleichende Verteuerung in Kraft. Politisch ist das geschickter, gesellschaftlich jedoch kaum ehrlicher.

Quelle: [Merkur](#)

6. „Aus einer Position der Stärke“

Vier Jahre nach Beginn des Ukraine-Kriegs verhindern Forderungen Deutschlands und anderer Staaten Europas weiter ein Ende der Kämpfe. Wie es in einem Namensartikel der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens heißt, könne die Ukraine einen Frieden, der „dauerhaft und gerecht“ sei, nur „aus einer Position der Stärke“ heraus durchsetzen. Eine „Position der Stärke“ ist für Kiew allerdings nicht in Sicht; soll sie erreicht werden, muss der Krieg weitergeführt werden. Bundeskanzler Friedrich Merz ist überzeugt, die Kämpfe würden „erst zu Ende gehen, wenn eine der beiden Seiten erschöpft“ sei. In der Ukraine selbst befürworten inzwischen 40 Prozent der Bevölkerung die Preisgabe des Donbas im Gegenzug gegen westliche Sicherheitsgarantien und damit ein baldiges Ende des Krieges. Die EU jedoch verhärtet ihre Positionen, mit der Folge, dass eine Verhandlungslösung immer unwahrscheinlicher wird. So finden sich in einem aktuellen Diskussionspapier der EU-Außenbeauftragten Kaja Kallas mehrere Forderungen an Moskau, die lediglich bei einer nahezu bedingungslosen Kapitulation Russlands durchsetzbar wären, so etwa die Forderung nach einem kompletten Truppenrückzug aus der Ukraine.

Quelle: [German Foreign Policy](#)

7. Das Gazadilemma der Bundesrepublik

Südafrika wirft Israel einen Genozid in Gaza vor. Die Bundesregierung will sich dem entgegenstellen. Sie sucht nach Argumenten - bevor bald eine Frist ausläuft. [...] Am 12. Januar 2024 erklärte der damalige Regierungssprecher Steffen Hebestreit, „angesichts der deutschen Geschichte und des Menschheitsverbrechens der Schoah“ sehe sich Deutschland der Konvention gegen Völkermord „besonders verbunden“. Einer „politischen Instrumentalisierung treten wir entschieden entgegen“. Die Bundesregierung habe die Absicht, sich in dem Verfahren an die Seite Israels zu stellen. Mit einer Stellungnahme wolle man den Vorwurf Südafrikas juristisch entkräften, Völkerrechtler sprechen in solchen Fällen von einer „Nebenintervention“. Für diese Erklärung bleibt der Bundesrepublik noch Zeit bis Ende März.

Was in der Öffentlichkeit zunächst unproblematisch daherkam, hat sich in der Praxis mittlerweile allerdings als durchaus heikel erwiesen.

Quelle: [Zeit Online](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die deutsche Politik, wechselnde deutsche Bundesregierungen sind bisher immer mit ihren unfassbaren Doppelstandards durchgekommen. Es wäre toll, wenn diese Durchmogelei in dem Völkermordverfahren enden und Deutschland eine richtig herbe Schlappe - Beihilfe zum Völkermord - einfahren würde.*

8. „Das Meinungsklima ist in Gefahr“

Schriftsteller Kehlmann warnt vor einer Kündigung der Berlinale-Chefin Tricia Tuttle. Und fordert von Kulturschaffenden Haltung.

taz: Eine mögliche Entlassung der Berlinale-Chefin Tricia Tuttle haben Sie gegenüber dem PEN Berlin als „größte Katastrophe der deutschen Kulturpolitik seit der Hausdurchsuchung bei Heinrich Böll im Jahr 1972“ bezeichnet. Was sind die Hintergründe dieser Einschätzung?

Daniel Kehlmann: 1972 war Deutschland, aufgehetzt von der Springer-Presse, in einer wilden Panik, das Land wäre von „Radikalen“ durchsetzt, die alle gemeinsam den Kommunismus an die Macht bringen wollten. Als Heinrich Böll versuchte, dagegen Einwände vorzubringen, galt er plötzlich als „Wegbereiter des Terrors“. Die Dinge eskalierten und führten zu einer Hausdurchsuchung bei ihm. Eine Hausdurchsuchung ist etwas ganz anderes als eine Kündigung, aber die Parallele liegt in der fast surrealen Überreaktion.

Quelle: [taz](#)

dazu: **Ein Exempel: Die Farce um die Berlinale-Leitung**

Zunächst einmal: Es gab auf der Berlinale 2026 keinen Antisemitismus. Skandalisiert wird eine Rede des syrisch-palästinensischen Regisseurs Abdallah Alkhatib. Der prangerte den israelischen Genozid in Gaza und die deutsche Komplizenschaft daran an. Alkhatib lebt in Deutschland, inzwischen fordern erste Politiker Strafverfolgung oder seine Abschiebung.

Zweitens: Die Berlinale-Leitung war außerordentlich brav. Wo es zur deutschen »Staatsräson« passte, hatte man früher im Namen des Festivals Stellung bezogen: gegen die Regierungen Russlands und Irans. Zum Gazakrieg herrscht offiziell Schweigen. Dennoch geriet Festivalleiterin Tricia Tuttle unter Beschuss, nicht nur wegen der Abschlussgala. Ein zuvor aufgenommenes Foto zeigt sie mit dem Filmteam von Alkhatib samt palästinensischer Fahne.

Quelle: [junge Welt](#)

9. **Tödlicher Schusswechsel vor Kubas Küste: Die Spur führt nach Miami**

In Kubas Gewässern eskalierte ein Angriff mit vier Toten. Bewaffnete aus Florida griffen eine Patrouille an. War es wirklich nur eine Privatinitiative?

Bei einem bewaffneten Zwischenfall in kubanischen Hoheitsgewässern sind am Mittwochmorgen vier Menschen getötet und sechs weitere verletzt worden. Nach Angaben des kubanischen Innenministeriums eröffneten Insassen eines Schnellboots mit dem Kennzeichen FL7726SH aus dem US-Bundesstaat Florida das Feuer auf eine Patrouille der kubanischen Grenztruppen. Die kubanischen Soldaten hätten daraufhin zurückgeschossen.

Der Vorfall ereignete sich etwa eine Seemeile nordöstlich der Insel Cayo Falcones in der Provinz Villa Clara an der Nordküste Kubas. Ein kubanischer Soldat wurde bei dem Schusswechsel verletzt, die sechs verwundeten Bootsinsassen wurden evakuiert und medizinisch versorgt. Was steckt hinter der Aktion?

Quelle: [Telepolis](#)

dazu: **Kuba gegen Contras**

Küstenwache der sozialistischen Karibikinsel wehrt Terrorkommando ab. USA bestreiten Verbindung zu Eindringlingen

Es riecht nach einer gezielten Provokation. Bei einem Schusswechsel mit der schwerbewaffneten Besatzung eines aus den USA kommenden Schnellboots haben kubanische Soldaten am Mittwoch vier mutmaßliche Terroristen erschossen und sechs festgenommen. Die Insassen des in Florida registrierten Bootes waren in kubanische Hoheitsgewässer eingedrungen, hatten das Feuer auf fünf Angehörige der Küstenwache eröffnet und den Kommandanten der Grenzschutzeinheit verletzt. Daraufhin feuerten die kubanischen Soldaten zurück, teilte das Innenministerium mit. Im »Gepäck« der Angreifer wurden unter anderem Sturmgewehre, Kurzwaffen, Sprengsätze, kugelsichere Westen, Zielfernrohre und Tarnuniformen gefunden.

Quelle: [junge Welt](#)

10. **Palantir, Pegasus & Co**

Weltweit lieben autoritäre Politiker Palantir. Das Unternehmen generiert den Großteil seines Umsatzes durch Regierungsaufträge. Es profitiert von Krieg, Massenüberwachung und von »prädiktiver Polizeiarbeit«. Algorithmen helfen, Täter (oder etwa Flüchtlinge) zu fassen, bevor sie etwas getan haben. Aktuell können wir in den USA beobachten, wie die Migrationsbehörde ICE im Stil paramilitärischer Milizen Stadtteile überfällt und Menschen verschleppt, um sie ohne Gerichtsverfahren abzuschieben - gelegentlich erschießen Behördenmitarbeiter auch unbescholtene Bürger und Bürgerinnen. Israelische Profis trainieren seit Jahren Trumps ICE im Umgang mit Demonstranten. Ähneln die Bilder aus Minneapolis deshalb denen aus dem besetzten Palästina? Jedenfalls bezieht die ICE-Miliz ihre Zieldaten für die brutalen Überfälle von Palantir.

Quelle: [Ossietzky 04/2026](#)

11. **Debatte um Interessenkonflikte Sachsen-Anhalt: CDU-Fraktionschef beschäftigt Mutter von Rechnungshof-Präsident**

Die Debatte um Jobs für Angehörige von Partei-Kollegen reißt nicht ab. Recherchen von MDR INVESTIGATIV offenbaren nun einen prominenten Fall in der CDU Sachsen-Anhalt. Demnach arbeitet die Mutter des Landesrechnungshof-Präsidenten für den Chef der CDU-Landtagsfraktion. Nicht die einzige Verflechtung zwischen den Politikern.

Quelle: [mdr](#)

12. **Teure Lebensmittel, Wohnen unerschwinglich - Amerikas Mittelschicht verarmt**

Offiziell ist der große Inflationsschock im Rückspiegel verschwunden. Doch wer in diesen Tagen einen US-Supermarkt betritt, erlebt ein böses Erwachen. Lebensmittel kosten heute im Schnitt 30 Prozent mehr als vor der Pandemie. Wobei die Preise für einige Güter, wie Rindfleisch, Kaffee und Eier noch deutlich stärker gestiegen sind. Ein "neues Normal", das viele Amerikaner zutiefst ablehnen.

Die Preise für das, was man zum Überleben braucht, steigen oft schneller als der statistische Durchschnitt. Denn der wird beispielsweise durch die sinkenden Kosten für Elektrogeräte nach unten gedrückt. Das ist zwar schön, aber leben kann man von einem Fernseher, der jetzt gut 30 Prozent weniger kostet als 2020, nicht. Denn Brot kostet ein Drittel mehr, Fleisch 33 Prozent (Hühnchen) bis 59 Prozent (Rindfleisch) und selbst die Eierpreise, von denen US-Präsident Donald Trump erklärte, sie gesenkt zu haben, sind heute 36 Prozent höher als vor der Pandemie, wie aus den jüngsten Daten des Bureau of Labor Statistics (BLS) hervorgeht. Einfache amerikanische Werktätige haben das Gefühl, trotz harter Arbeit auf der Stelle zu treten - oder langsam unterzugehen.

Quelle: [wallstreet online](#)

13. **Bildung: Wenn die Reformer Alarm schlagen**

Erst wurden Lesen und Schreiben modernisiert, jetzt ist der Aufschrei gross: Pädagogische Hochschulen beklagen den Leistungsabfall, den die Reformideen mitbewirkt haben. Ein Masterplans soll's richten. Doch die Volksschule muss sich auf das besinnen, was Lernen wirklich trägt: Verstehen, Üben und Können.

Die Schweizer Volksschule hat eine intensive Reformkaskade hinter sich. Die vielen Innovationen mitgetragen und sie zum Teil selber initiiert haben die Pädagogischen Hochschulen: Aus Lehrerinnen und Lehrern wurden Coachs und Lernbegleiterinnen, aus Bildung messbare Tests, aus Wissen, Können und Haltung Kompetenzen. Aus Unterricht wurde autonomes Lernen im «Flipped Classroom» und das Lernen vom Lehren entkoppelt: Das Alphabet erwarben sich die Schüler nun vielfach selber - in

Lernateliers.

Schreiben gelernt wurde nach Gehör, und das «Lesen durch Schreiben» mit Hilfe von Jürgen Reichens bebildeter Anlauttabelle erarbeitet. Selbstorientiert, wie es heisst. Dabei war Korrigieren durch die Lehrperson nicht selten untersagt. «Vom Lehren zum [eigengesteuerten] Lernen» hiess die Devise.

Quelle: [Seniora.org](https://seniora.org)

14. **Wohin Alterskontrollen für Social Media führen werden, ist bereits klar erkennbar**

SPD, CDU und CSU haben scheinbar unabhängig aber praktisch zeitgleich beschlossen, sich der weltweiten Kampagne für Alterskontrollen für Social Media anzuschließen. Kanzler Merz will zusätzlich ein Verbot anonymer Äußerungen im Internet. Ein Blick über die Grenzen macht deutlich, wo das fast unweigerlich hinführt. (...)

Folgendes über die Türkei war am 19. Februar in den Stuttgarter Nachrichten zu lesen:

„Die Regierung will noch in diesem Monat ein Gesetz vorlegen, wonach Nutzer der sozialen Medien sich mit Ausweis und Klarnamen registrieren müssen. Experten befürchten, dass es dem Justizminister nicht um den Kampf gegen Hassparolen geht, sondern um die Einschüchterung von Regierungsgegnern.“

Quelle: [Norbert Häring](#)

15. **Gerichte dürfen Meinungsfreiheit nicht vergessen**

Schulleiter als “Handlanger” des “faschistischen Systems”, Ärzte als “psychiatrischer Mob” – wo verläuft die Grenze zwischen Beleidigungen und Machtkritik? Das BVerfG erinnert Gerichte daran, den Kontext solcher Äußerungen zu prüfen.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat mehrere Gerichte dafür scharf kritisiert, dass sie Aussagen als Beleidigung gewertet haben, ohne die Meinungsfreiheit hinreichend zu berücksichtigen. Es gab deshalb zwei Verfassungsbeschwerden statt und verwies die Fälle zurück an die Gerichte.

Wann bereits eine Beleidigung vorliegt und wann noch eine überspitzte, aber zulässige Kritik, ergibt sich nicht aus dem Gesetz. Auch die Rechtsprechung und Strafverfolgungspraxis weisen keine klare Linie auf. Lieber mal ermitteln wollte die Polizei Heilbronn wegen der Bezeichnung des Bundeskanzlers als “Pinocchio”. Strafrechtler waren schockiert, am Dienstag stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren wieder ein: Das sei zulässige Machtkritik.

Quelle: [LTO](#)

dazu: **Verletzung der Meinungsfreiheit durch die fachgerichtliche Annahme beleidigender Äußerungen**

Quelle: [Bundesverfassungsgericht](#)